

A1

einstimmig beschlossen

Arbeitsprogramm des Juso-Unterbezirks Braunschweig 2011/2012

1. Intro

Der vorliegende Leitfaden dient allen JungsozialistInnen (Jusos) im Unterbezirk Braunschweig als Grundlage für die politische Arbeit. Er drückt unser Politikverständnis als JungsozialistInnen aus. Er gibt neuen JungsozialistInnen einen Ausblick auf das nächste Jahr.

Der vorliegende Leitfaden wurde gemeinsam mit allen JungsozialistInnen erarbeitet und soll dem neuen Unterbezirksvorstand der JungsozialistInnen in Braunschweig als Arbeitsgrundlage und Arbeitsauftrag für das neue Jahr gegeben werden, sein Aufgabenspektrum klar definieren und so eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit gewährleisten.

Aufgabe des neu gewählten Vorstands ist es, gemeinsam mit den aktiven Jusos die einzelnen Punkte des Leitfadens zu bearbeiten und möglichst viele in die Praxis umsetzen. Grundsätzlich ist ein Mitmachen, Mitwirken und Mitentscheiden aller JungsozialistInnen zu ermöglichen. Neben diesen Aufgaben ist der Vorstand aufgefordert, aus sich heraus neue Ideen zu entwickeln und die Mitarbeit bei den JungsozialistInnen als politischer Richtungsverband innerhalb der SPD attraktiv für junge Menschen zu gestalten.

2. Wer wir sind - Jusos: links und frei!

Wir JungsozialistInnen sehen uns als kritischen Verband innerhalb der SPD, der auch eigene Ideen in die Partei einbringt. Unsere Ergebnisse und unsere Anträge sind das Ergebnis einer guten Gruppenarbeit. So kann unsere Arbeitsgemeinschaft stolz von sich behaupten, dass jedeR aktive JungsozialistIn einen Anteil an den Ergebnissen der Diskussionen hatte. Unsere Inhalte werden in Arbeitskreisen oder Kampagnen vorbereitet, in Mittwochssitzungen diskutiert und weiterentwickelt. In den Arbeitskreisen und Kampagnenteams werden sie nachbereitet und niedergeschrieben. Dieses Diskussionsverfahren bringt fundierte Ergebnisse hervor und hat uns auf Juso-Ebene bundesweit Respekt verschafft.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte – die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Der Demokratische Sozialismus ist für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Sie sind auch unser Maßstab für eine bessere Gesellschaft. Seine Verwirklichung ist für uns eine immer wehrende Aufgabe.

*„... **Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbst bestimmt zu leben. Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein. ...*

***Gerechtigkeit** gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. ...*

***Solidarität** bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammen hält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität. ...“*

aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Dabei müssen wir täglich aufpassen: Konservative und Liberale spielen täglich unsere Grundwerte gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Nach unserem Verständnis bilden Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte des Demokratischen Sozialismus bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Kapitalmarktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf eine Almosenpolitik zu reduzieren.

2.1 Eigenständiger linker Richtungsverband in der SPD

Wir Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband, der in kritischer Solidarität mit der SPD steht.

Sozialistisch bedeutet, dass wir die vorhandenen herrschaftsgeprägten Strukturen des Kapitalismus nicht hinnehmen. Uns reicht es nicht aus, nur durch sozialen Ausgleich eine angenehmere Welt zu schaffen. Wir gehen einen Schritt weiter, indem wir die Armut schaffenden Strukturen durchbrechen wollen. Denn selbst wenn ein sozialer Ausgleich geschaffen wird, werden zwar Ungleichheiten abgemildert, allerdings wird das System nach wie vor Ungleichheiten produzieren. Das entspricht nicht unserem Grundwert der Gerechtigkeit, da Menschen nach wie vor danach bewertet werden, ob sie einer profitorientierten Welt nützlich sind, bzw. ob sie in einem System funktionieren. Insofern kann es auch als ein Verstoß gegen unserer Vision nach einem selbstbestimmten Leben aufgefasst werden.

Als frei denkende SozialdemokratInnen ist es daher unsere Aufgabe, einen langen Aufklärungsprozess zu betreiben, der bei der Mehrheit der Bevölkerung von den unmenschlichen weltweiten Zuständen aufmerksam machen soll und die bestehenden Instrumente, die vom System vorgegeben werden, nicht mehr akzeptiert werden. Gleichzeitig gilt es den Menschen von den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem zu überzeugen, in dem alle Menschen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit befreit sind.

Wichtig dabei zu verstehen ist, dass dieser Prozess selbst bei Erreichung der Ziele niemals beendet sein kann. Vielmehr ist der Kampf um den Sozialismus als immer währende Aufgabe zu verstehen - so wie es im Grundsatzprogramm der SPD entnommen werden kann.

Feministisch bedeutet, dass wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der alle Menschen selbstbestimmt, gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Gleichstellung ist in einem kapitalistischen System nicht möglich, denn Kapitalismus und Patriarchat basieren auf Unterdrückung und Ungleichheiten.

In unserer Gesellschaft bestehen vaterrechtlichen Strukturen (Patriarchat genannt), diese sollen den Männern Macht und Eigentum sichern. Diese Strukturen äußern sich auf unterschiedliche Weisen, denn Frauen verdienen weniger als Männer, haben weniger Teilhabe an der Macht, werden häufig Opfer sexueller Gewalt, die Medien unterstützen das Bild der Frau als Sexobjekt, schon in der frühen Erziehung werden Kinder in ihre Geschlechterrollen gepresst.

Diese strukturellen Bedingungen werden häufig als einzelne Probleme gesehen und zu bekämpfen versucht. Doch sie alle dienen dem selben Zweck, nämlich der Ausübung und Sicherung von Macht und Unterdrückung. Diesen Zweck haben Kapitalismus und Patriarchat gemein. Doch Frauen und Männer sind im Kapitalismus selbst dann nicht gleichgestellt, wenn sie der herrschenden Klasse angehören.

Feminismus heißt für uns: Kämpfen gegen Sexismus. Kämpfen gegen Stereotype. Kämpfen gegen Diskriminierung, Kämpfen gegen Gewalt an Frauen. Kämpfen gegen das Patriarchat! Für uns hängen Sozialismus und Feminismus unabdingbar zusammen. Wie August Bebel bereits in „Die Frau und der Sozialismus“ erkannte: „Ein Sozialist ist ein Feminist oder er ist kein Sozialist“

Internationalistisch bedeutet, allen Menschen helfen zu wollen und nicht nur deutschen StaatsbürgerInnen. Wir wollen nicht andere unterdrücken, um unseren Reichtum zu sichern. Es kann nicht sein, dass Deutschland und Europa arme Länder ausbeuten und an den eigenen Grenzen Menschen töten, die aufgrund dieser Ausbeutung keine Alternative sehen und Hilfe suchen. Wir stellen uns klar gegen Nationalismus, weil Solidarität nicht an den Landesgrenzen aufhört und Gerechtigkeit nur international Gestalt annehmen kann. Die SPD ist nach ihrem Grundsatzprogramm eine internationalistische Partei. Wir kritisieren hierbei, dass leider auch die SPD in Regierungsverantwortung teilweise in nationalstaatliches Denken verfällt. Wir Jusos sind der Meinung, dass die „Nation“ ein abzulehnendes Konstrukt ist, weil es unseren Grundwerten widerspricht.

Allen Menschen muss Freiheit gegeben werden und alle müssen sich frei bewegen können! Deshalb sind wir Teil der European Community Organisation of Socialist Youth (ECOSY) und der International Union of Socialist Youth (IUSY). Denn wir kämpfen

gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen Welt für Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

2.2 Soziale Demokratie - ein Weg zum Ziel

Die soziale Demokratie ist das Prinzip unseres Handelns. Sie kann jedoch nicht das Ziel sein. Vielmehr ist es nur ein Zwischenschritt, der uns dem Demokratischen Sozialismus näher bringt. Dabei bleiben unsere Grundwerte das Kriterium für die Beurteilung unserer politischen Wirklichkeit. Sie sind die Orientierung für unser tägliches Handeln als JungsozialistInnen und SozialdemokratInnen.

Unseren Grundwerten wollen wir durch unser Engagement ein Wesen geben. Wir möchten auf Basis des Demokratischen Sozialismus eine linke, progressive, fortschrittliche und gerechte Politik für junge Menschen bestreiten. Es gilt, Ungerechtigkeit in der Welt nicht hinzunehmen, sondern Strukturen aufzubrechen, die Ungerechtigkeiten fördern. Wir kämpfen um eine Zukunft, in der Gerechtigkeit Realität wird.

2.3 Unser Weg - Die Doppelstrategie

Wir glauben nicht an die Allmacht der Parlamente. Die Realität hat uns in der Vergangenheit deutlich gezeigt, dass vor allem der Kampf auf der Straße das wirksamste Mittel ist, um eingefahrene Strukturen zu durchbrechen und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Dabei ist es entscheidend, sich mit anderen progressivdenkenden Organisationen zusammen auf eine Seite zu stellen, um gemeinsam für ein linkes Projekt einzustehen. Dies ist unserer Meinung nach das beste Mittel um in die Öffentlichkeit zu kommen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung in der Bevölkerung zu leisten.

Es ist auch enorm wichtig, dass man nicht nur auf der Straße aktiv ist. Wir müssen ebenso die SPD von innen heraus verändern, um MandatsträgerInnen der SPD in allen parlamentarischen Institutionen zur politischen Umsetzung unserer sozialdemokratischen Grundwerte zu bringen.

Wir werden auch in Zukunft dem Prinzip dieser Doppelstrategie folgen: Das heißt, dass wir einerseits weiterhin versuchen werden, vor allem mit anderen linken Jugendorganisationen in Dialog zu treten, um eine gesamtlinke Bündelung der Kräfte in

Braunschweig zu realisieren. Andererseits müssen wir noch verstärkt den innerparteilichen Diskussionsprozess forcieren, damit die Meinung der Jusos auch dem Meinungsbild unserer Mutterpartei entspricht.

3. Analyse: Die Welt, in der wir leben...

Die nachfolgenden Passagen sollen einen groben Überblick über die prekären Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland und der ganzen Welt geben, die vom Kapitalismus aufgezwungen werden.

Sozialstaat unter Druck

Das in der Gesellschaft vorherrschende kapitalistische System fördert die kontinuierliche Spaltung der Gesellschaft. Die Gesellschaft wird getrennt in Gewinnern und Verlierern des Systems.

Der Sozialstaat ist dafür da, allen Menschen gleichen Zugang zu Diensten der Öffentlichen Daseinsvorsorge zu bieten. Zur Finanzierung des Sozialsystems ist grundsätzlich eine solidarische Beteiligung aller an den Kosten der Dienstleistungen sicherzustellen. Dabei müssen breitere Schultern mehr tragen als schmale.

Die aktuelle Bundesregierung treibt den konsequenten Abbau des Sozialstaates weiter voran. Immer mehr Leistungen der Sozialvorsorge sollen privatisiert werden. Die Schere zwischen „Arm und Reich“ wird weiter auseinander gehen, da sich immer weniger Menschen eine private Sozialvorsorge leisten können. Dies führt zu einem kontinuierlichen Abnehmen der so genannten „Mittelschicht“.

Im Gesundheitssystem wurde dieses Prinzip – auch unter Rot-Grün – immer mehr zu Lasten einer pauschalen Beteiligung aller BeitragszahlerInnen unter dem Deckmantel von mehr Eigenverantwortung aufgegeben. Unter der konservativ-liberalen Bundesregierung wird dieses Prinzip noch weiter ausgehöhlt: Im Gesundheitssystem soll eine Kopfpauschale eingeführt werden, bei der jedeR BeitragszahlerIN – ob Niedrig- oder GutverdienerIN – den selben Beitrag pauschal entrichten muss. Nach dieser Ideologie sollen zukünftig schmale Schultern mehr tragen als breite Schultern. Ziel ist systematische Umwandlung des solidarischen Gesundheitssystems hin zu einem privatisierten Gesundheitswesen.

Wir Jusos Braunschweig fordern den sofortigen Stop des Sozialstaat-Abbaus und die unmittelbare Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, bei der jede/r je nach Einkommen seinen Beitrag leistet.

Der Kapitalismus beutet die Umwelt aus

Der nötige Bedarf und die unnötige Gier nach Energie und Rohstoffen beutet unsere Umwelt aus. Die vorherrschende Kapitalistische Denkweise führt dazu, dass der aktuelle Bedarf an Energie nur kurzfristig und nicht nachhaltig sichergestellt wird. Das Rückgrad der Energieversorgung wird heute noch über fossile Rohstoffe wie Kohle, Gas, Öl und Uran sichergestellt, obwohl diese endlich sind.

Während die Gewinnung und der Verbrauch von Kohle, Gas und Öl die Umwelt mit CO₂ belastet, darf man nicht vergessen, dass die Gewinnung von Energie über die Atomtechnik bereits in der Produktion zu einer CO₂-Belastung und nachträglich zu einem Entsorgungsproblem atomarer Abfälle führt. Atom Müll sollte durch eine unsichere unterirdische und endgültige Lagerung auf Jahre weggeschoben werden. Durch die anstehende Rückholung des Atom Mülls aus dem Atomendlager Asse II steht diese kurzfristige und verwerfliche Denkweise auf dem Prüfstand.

Der Umbau der Energiewirtschaft ist nur nachhaltig über den Ausbau der erneuerbaren Energien sicherzustellen. Dennoch schrecken die anfänglich hohen Investitionskosten in die Infrastruktur davor ab, die nachhaltig positiven Effekte zu erkennen. Diesem Irrtum war auch Bundesminister Röttgen unterlegen, der Zukunftsinvestitionen in Erneuerbaren Energien nur unzureichend ausbaut und parallel einen Atomausstieg verzögert. So wird die nötige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien hinausgezögert. Wir Jusos waren bereits vor dem Unglück in Fukushima der Meinung, dass ein Ausstieg aus der Atomkraft sofort umzusetzen ist. Daher fordern wir zumindest den bereits unter rot-grün geführten Konsensbeschluss bis zum Jahr 2020 komplett aus der Atomkraft in Deutschland ausgestiegen zu sein von Politik und Wirtschaft wieder aufzunehmen.

Unterdrückung in der Arbeitswelt

Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes leiden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend unter prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind in ihrer Zukunftsplanung durch eine immer weiter voranschreitende Ersetzung der Stammbeschäftigung durch Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs zu schlechter Bezahlung oder gar unbezahlter Praktika sehr stark eingeschränkt und werden, auch aufgrund fehlendem Kündigungsschutz in einem ausreichenden Maß, in die Perspektivlosigkeit geschickt. Diese Perspektivlosigkeit spiegelt sich unter anderem auch in der massiven Zunahme von befristeten Arbeitsverträgen sowie die Ausweitung von Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnissen. Dieser Prekarisierung der Arbeitswelt müssen mit Antworten von heute entgegengewirkt werden.

Durch das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns auf nationaler Ebene ist die moralische Verwerflichkeit gleich doppelt belastet. Zum einen werden Menschen nicht zu einem Lohn bezahlt, von dem sie leben können. Zum anderen werden die Unternehmen, die diese unmenschliche Lohnpolitik gestalten, dafür auch noch mit dem Kombilohnmodell staatlich subventioniert. Der staatliche Transfer zur Maximierung der Gewinnspanne einzelner Unternehmen zu Lasten einer Mindestvergütung, die für eine existenzsichernde Ausgestaltung des Lebens notwendig ist, gilt es generell zu bekämpfen.

Jedoch muss auch auf einen internationalen Mindestlohn hingearbeitet werden, der weltweit gilt, damit Belegschaften aus unterschiedlichen Staaten in der Lohnpolitik nicht in dem Maße gegeneinander ausgespielt werden können, wie es momentan der Fall ist.

Bei der Lohngestaltung gibt es nach wie vor Geschlechterdiskriminierungen. So erhalten Frauen in unserer Gesellschaft immer noch knapp 25% weniger Gehalt als Männer für die gleiche Arbeit. Deutlich dabei ist auch, dass die Einstufung sämtlicher Berufe in Lohnklassen extrem stark von den patriarchalen Strukturen geprägt ist: So ist in typischen „Frauenberufen“ auf allen Leistungsebenen deutlich weniger Gehalt vorgesehen als in den „klassischen Männerberufen“. Deshalb stehen wir Jusos nicht nur für gleichen Lohn für gleiche Arbeit sondern für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein, wobei wir auch die geschlechtliche Rollenverteilung in der Berufsauswahl durchbrechen wollen.

Es gilt ebenfalls auf die unzureichende Demokratisierung in der Arbeitswelt hinzuweisen. Zwar gilt die Mitbestimmung in Deutschland sowohl unter ArbeitnehmervertreterInnen als auch unter anständigen UnternehmerInnen im internationalen Vergleich als fortschrittlich. Fakt ist aber auch, dass die Macht in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten im Vergleich der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren von Arbeit und Kapital auf der Kapitaleseite steht. Dieser Machtverschiebung gilt es entgegenzutreten!

Internationales

Wir Jusos betrachten die derzeitige Weltordnung, bei der wenige Menschen einen Wohlstand auf Kosten vieler Armer leben, kritisch und unsolidarisch. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Staat der Welt gerecht am Welthandel teilhaben kann. Kein Mensch dieser Erde darf weiterhin an Mangelernährung oder medizinischer Unterversorgung sterben! Die westliche Welt muss endlich begreifen, dass sie Handelsbarrieren abbauen muss, Großunternehmen zügeln muss und Entwicklungshilfe nicht als Repressionsmöglichkeit nutzen darf. Nur in einer Welt, in der alle Menschen die gleichen Chancen auf ein lebenswertes, freiheitliches und selbstbestimmtes Leben haben, sichert allen Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der Zukunft.

Freiheitsrechte und Sicherheit

Die informationelle Selbstbestimmung ist uns wichtig. Wir wehren uns gegen die immer stärkere Restriktionen von Freiheitsrechten einerseits und die immer laschere Handhabung von persönlichen Daten seitens Unternehmen und des Staats. Wir lassen nicht zu, dass zu öffentlichen Veranstaltung in Deutschland ständig neue Auflagen erlassen werden, die es immer schwieriger machen Kundgebungen und Demonstrationen zu veranstalten. In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinwirken, dass auf Demonstrationen in Niedersachsen Polizeikräfte eine nummerierte Kennzeichnungspflicht bekommen, ähnlich wie es bereits in Berlin üblich ist. Wir wehren uns gegen die Datensammelwut von öffentlichen und privaten Institutionen und Unternehmen und die immer öfter auftretenden Sicherheitspannen, die unsere persönlichen Informationen käuflich machen. Wir wehren uns gegen eine Kameraüberwachung seitens der Unternehmen und des Staats. Wir wollen selbst darüber bestimmen, wer was über uns weiß, und auch weiterhin für unsere Positionen auf der Straße werben.

Kampf gegen rechtes Gedankengut

Auch Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Diskriminierung nimmt stark zu. In vielen europäischen Ländern vollzieht sich ein dramatischer Rechtsruck und eine schleichende Antiislamisierung. Nationalistische Parteien erlangen Wahlsiege und versuchen nazistische Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu verstärken und haben damit Erfolg. Es ist Aufgabe jedes Einzelnen faschistische Regime zu verhindern und rassistische Salonfähigkeit zu zerschlagen.

Nächstes Jahr sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Nazis werden versuchen in die Regionalparlamente zu kommen, es ist unsere Aufgabe vor Ort dafür zu sorgen, dass Faschisten nie wieder Macht erlangen.

Darüber hinaus stellen wir uns gegen die Extremismustheorie, die besagt, dass eine so genannte „demokratische Mitte“ der Gesellschaft die Spannungen an den „rechten und linken Extremen“ kompensieren muss. Wir Jusos denken nicht in Extremen, sondern wissen, dass diskriminierendes Gedankengut in den Köpfen der Mehrheit unserer Gesellschaft vorhanden ist. Deshalb lehnen wir Begriffe wie „Rechtsextremismus“ oder „Linksextremismus“ konsequent ab.

4. Unsere Schwerpunkte für 2011 bis 2012 - Weitere Analyse

Im kommenden Jahr werden wir Jusos im Unterbezirk Braunschweig einige Schwerpunktthemen setzen. Ergänzend zu der Arbeit in den Arbeitskreisen, die abschließend im Leitantrag vorgestellt werden, werden wir die Themen Wirtschaft, Gleichstellung und Bildung besonders betrachten und die Ergebnisse in unsere Anforderungen an die Kommunalpolitik einfließen lassen. Eine Analyse dieser Themen wird im Folgenden dargestellt.

4.1 Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, also die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten. Um aber den eigenen Lebensraum gestalten zu können, müssen die Kommunen finanziell gut ausgestattet sein.

Mehr Platz für Jugendliche statt Prestigeobjekte in Braunschweig

In den letzten Jahren wurden in Braunschweig vermehrt öffentliche Flächen privatisiert. So wurde zum Beispiel aus dem öffentlichen Schlosspark, durch städtische Subventionen gefördert, ein großes privates Einkaufszentrum. Das Freizeit- und Bildungszentrum musste den Plänen eines Luxushotels weichen.

Menschen, insbesondere Jugendlichen, wird immer mehr frei zugängliche Fläche zur Freizeitgestaltung genommen. Stattdessen geht der Trend zu privaten Freizeitangeboten. Dies hat den Nachteil, dass man sich den Regeln der privaten Anbieter beugen muss. Fälle, dass Migrantinnen und Migranten in gewisse Discotheken nicht reinkommen sind bekannt und passieren häufig. Zum anderen wird die Ausübung der Freizeit durch Privatisierung der öffentlichen Flächen immer kommerzieller. Das trennt Menschen in verschiedene Gruppen und schafft Gräben, da sich nicht alle die teuren Preise in Discotheken und Bars leisten können.

Nicht nur dass die Kommune seit der schwarz-gelben Ratsmehrheit Prestigebauten mehr Relevanz statt Sozial- und Jugendpolitik widmet. Einige neue Bauprojekte wie das Spitzenhotel im Bürgerpark oder das Spaßbad wurden nicht mal begonnen; seit Jahren findet man an der Fläche nur Bauruinen und Schutt. Der Trend der Privatisierungen, der steigenden Kommerzialisierung der Freizeit muss zugunsten einer menschnäheren Politik gestoppt werden.

Verkehr in Braunschweig & Region

Mobilität muss allen Menschen ermöglichen, zu jeder Zeit die anfallenden Vorhaben und Anforderungen wahrnehmen zu können. Mobilität ist deshalb nicht die reine Überwindung von Entfernungen, sondern die Möglichkeit jedes Menschen und der Gesellschaft, den eigenen Lebensraum zu nutzen, zu erleben und an ihm Teil zu haben.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Es ist wichtig, dass der Fahrbetrieb der Braunschweiger Verkehrs-AG (BSVAG) so strukturiert ist, dass die Fahrzeit eingehalten und somit ein Höchstmaß an Pünktlichkeit gewährleistet wird. Hier benötigen Jugendliche auch zu den Nachtzeiten – und vor allem am Wochenende – verlässliche ÖPNV-Verbindungen.

Die Braunschweiger Verkehrspolitik kann und darf nicht an den Grenzen unserer Stadt enden. Das Fehlen der RegioStadtBahn führt dazu, dass ein attraktives Regionalverkehrs-Angebot für Jugendliche und junge Menschen weiter auf sich warten lässt, um einerseits direkt den Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie die Schule oder die Hochschule zu erreichen. Andererseits fehlt für Jede und Jeden ein attraktives Verkehrsangebot für Freizeitaktivitäten in der Region – auch in der Nacht.

Weiter wird durch die Preisstruktur des ÖPNV in unserer Region ein Umsteigen auf Bus und Bahn nicht gefördert.

Radwege

Mit der Errichtung von Fahrradstraßen sowie des Braunschweiger Radwegenetzes ist in den letzten Jahren viel geschehen. Dennoch sehen wir noch einen immensen Handlungsbedarf in der Verbesserung der Infrastruktur im Braunschweiger Radwegenetzes. Wir fordern, den Radverkehr in Braunschweig weiter auszubauen und zu fördern. Zu den akuten Problemen zählen die Situation der Fahrbahndecken auf allen Radwegen sowie die Höhe der Bordsteinkanten an Straßen. Weiter fehlen Fahrrad-Abstellanlagen an zentralen Stellen wie beispielsweise am Rathaus sowie auf dem Schlossplatz und vor dem Bahnhof. Auch die Beleuchtungssituation auf Fahrradwegen ist vor allem in den Morgenstunden für RadfahrerInnen nicht befriedigend.

4.2 Arbeit und Wirtschaft

Wir Jusos wollen uns auch zukünftig mit den klassischen Themenkomplex der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik beschäftigen. Die folgenden Passagen legen die aus unserer Sicht vorherrschenden Probleme dar.

Benachteiligung verhindern! Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt!

In letzter Zeit konnten wir beobachten das aufgrund von äußerlichen Bedingungen - wie Alter, Herkunft, Geschlecht, Nationalität oder anderer biografischer Angaben - KandidatInnen aus einem Bewerbungsverfahren ausgeschlossen werden. Die Kompetenz bzw. Motivation des / der KandidatIn sind häufig nicht mehr ausschlaggebend, für die Verteilung des Arbeitsplatzes.

Daher ist es unbedingt notwendig, das ein Verfahren entwickelt wird, um wieder faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt und den Eintritt in die Wirtschaft zu sichern. Es dürfen nicht die Gesamtheit der Merkmale Einfluss haben, auf die Erfolgchancen eines Arbeitsplatzes, sondern die individuelle Qualifikation, damit unter anderem die Chancen einer alleinerziehenden Mutter oder ein/e BewerberIn mit einem Migrationshintergrund, wieder gleich sind, wie bei der eines jungen ledigen Bewerbers.

Dies ist essenziell wichtig für eine offene, kulturelle und wirtschaftliche Gesellschaft, es muss die Mehrfachdiskriminierung gestoppt werden und wieder ein solidarische, gerechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt gesichert werden.

Die neue Wirtschaftskrise steht bevor

Die schlimmsten Auswirkungen der letzten Weltwirtschaftskrise scheinen überwunden zu sein. Weltweit wird laut der EU-Kommissionsprognose aus dem Frühjahr 2011 mit einem realen Wachstum von 4% (EU 1,8 %) erwartet. Doch nachdem sich die Weltwirtschaft wieder allmählich erholt hat, geraten die Ursachen der Krise, die ihren Ursprung auf dem Finanzmarkt hatte, vollkommen in Vergessenheit.

So wissen wir schon heute, dass die nächste Spekulationsblase sich auf den Finanzmärkten bereits bildet. Durch die fehlende Bereitschaft vieler Regierungen eine internationale Instrumente zur Regulierung der Finanzmärkte - beispielsweise durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer - einzuführen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann die nächste Krise hervorgerufen wird.

Deshalb ist es zu kurz gegriffen, wenn wir die handelnden Personen dafür verurteilen, dass sie weiterhin spekulieren. Denn sie handeln nur nach den Regeln des Systems. Solange an diesem keine Änderungen vorgenommen werden, ist die Frage nicht ob sondern nur wann uns die nächste Weltwirtschaftskrise bevorsteht.

Wir kritisieren in diesem Zusammenhang auch das Vorgehen der schwarz-gelben Bundesregierung, die immer wieder auf die Notwendigkeit einer internationalen Regelung hinweist, ohne selbst eine Vorreiterrolle im internationalen Bereich anzunehmen. Wenn eine internationale Regulierung als nicht durchsetzbar erscheint, so muss über eine nationalstaatliche Regelung - beispielsweise durch eine Börsenumsatzsteuer - nachgedacht werden. Denn in erster Linie steht die Politik in Verantwortung mehr zu handeln und weniger zu verhandeln.

4.3. Gleichstellung

Sozialismus bedeutet, dass alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben und das auch unabhängig vom biologischen Geschlecht.

Gleichstellung und Erziehung

Obwohl Frauen formal die gleichen Rechte haben wie Männer sind sie was die Umsetzung dieser Rechte, also die realen Chancen, angeht noch immer nicht wirklich gleichgestellt. Dies zeigt, dass Gleichberechtigung zwar Grundlage für Gleichstellung ist aber diese nicht zwingend zur Folge hat.

Das Frauen und Männer von Natur aus unterschiedlich denken und zu denken haben, wird schon im Kindesalter zur Selbstverständlichkeit anerzogen: Frauen sind die zarten emotionalen Menschen, Männer die starken und rationalen. Mit diesen Stereotypen als Vorbild wachsen die Kinder heran, wenn sie nicht so sind oder sein wollen, ist irgendetwas nicht normal mit ihnen.

Zu diesen Stereotypen gehört auch das traditionelle Familienbild mit seinen Rollenverteilungen.

Stereotype stehen einem freiheitlichen Gesellschaftsbild entgegen. Freiheit bedeutet, dass sich jeder Mensch als Mensch individuell entfalten kann und nicht an irgendwelche Schubladenwände stößt.

Auch die Medien spielen in der Erziehung von Kindern und Erwachsenen eine große Rolle. Wenn sie die konstruierte Realität wieder spiegeln, unterstützen damit den

Fortbestand von Rollenklischees und nehmen Ungerechtigkeiten hin. Deshalb müssen Medien mit ihrem Einfluss verantwortungsvoll umgehen, so hat zum Beispiel Sexismus in der Werbung nichts zu suchen.

Gleichstellung und Familienbild

Viele Frauen stecken nach wie vor in einer Abhängigkeit vom Lebenspartner. Dies zeigt sich nicht nur durch die bestehenden Lohnstrukturen, sondern auch im gesamtgesellschaftlichen Denken. So bestehen veraltete Denkmuster, die von Seiten des Staates konserviert. Beispielsweise haben Ehefrauen durch gesetzliche Vorteile in der Ehe und deren besonderen Schutz im Grundgesetz einen höheren Status in der Gesellschaft als unverheiratete Frauen. Negativ betroffen sind dann vor allem Frauen, die sich nicht in diese veralteten Rollenbilder hineindrängen lassen wollen und eine Lebenspartnerschaft jenseits der Ehe aufbauen. Diese „neue Form der Partnerschaft“ wird vor allem von konservativen Kräften als „gegen die Natur“ eingestuft. Ebenfalls sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften, die überhaupt nicht die Möglichkeit gegeben wird, sich in den Status der Ehe zu setzen, im Denken der Menschen weniger wert. Diese offenen und versteckten Diskriminierungen müssen wir mit allen Mitteln bekämpfen.

Deshalb stehen wir für einen langfristigen und kontinuierlichen Aufklärungsprozess in der Gesellschaft und wollen zu diesem auch unseren Beitrag leisten. Im gleichen Atemzug lehnen wir gesetzliche Vorteile der Ehe konsequent ab.

Frauen in der SPD

Auch in der SPD - wohlgemerkt, der ersten Partei, die die Forderung nach einem Frauenwahlrecht in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen hatte – haben Frauen nicht die gleichen Chancen wie Männer. Besonders bei der Besetzung von (Spitzen-)Ämtern scheinen Frauen noch immer zweite Wahl zu sein. Heide Simonis, die erste Ministerpräsidentin in Deutschland hat es einmal folgendermaßen ausgedrückt: „Als Frau kann man in der Politik nur etwas werden, wenn Männer aus der Kurve fliegen. Man muss nur in der richtigen Kurve stehen.“ Hier hat die SPD noch großen Handlungsbedarf, denn obwohl wir uns nach dem Grundsatzprogramm auch dem Kampf für Gleichstellung verschrieben haben, auch hier haben Frauen häufig mit Sexismus zu kämpfen. Wir weisen dennoch ausdrücklich darauf hin, dass Frauen in Führungspositionen oder eine Kanzlerin noch lange nicht bedeuten, dass Frauen in diesem Staat wirklich gleichgestellt sind.

Denn wirkliche Gleichstellung können wir nur erreichen, wenn wir das Patriarchat zerschlagen haben. Oder wie es unserem Grundsatzprogramm steht: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Noch immer sind Ausgleichsmaßnahmen notwendig: die Quote

Uns ist durchaus bewusst, dass die Quotenregelungen, in der Gesellschaft vorherrschende Strukturen sowie Geschlechterstereotype nicht überwinden und den Kampf für Gleichstellung in der Gesellschaft nicht ersetzen kann. Die Aufklärung und Bildung schon im frühen Alter stellt unseren sozialistischen Anspruch dar.

Dennoch ist die Quote derzeit notwendig, um strukturelle Chancenungleichheiten auszugleichen, solange bis diese nicht mehr existieren. Bei jeder Wahl soll sie darauf aufmerksam machen, dass gesamtgesellschaftlich sowie auch speziell an der Parteiarbeit viel getan werden muss. Uns ist es wichtig, dass nicht sämtliche Entscheidungsgewalt auf ein Geschlecht übertragen wird, nur weil diesem im Allgemeinen eher die nötige Fähigkeit zugesprochen und meistens nicht einmal hinterfragt wird. Deshalb ist der Begriff „Quotenfrau“ an sich schon sexistisch. Die Quote ist nach wie vor ein geeignetes Mittel, um wenigstens pro forma Frauen in die Ämtervergabe zu integrieren. Mehr ist ihr Kern jedoch, dass die Stimme der Frauen gehört wird. Frauen haben in unserer Gesellschaft andere Probleme als Männer. Auch wenn sie keine einheitliche Gruppe bilden, sind dennoch bestimmte Themen quer durch die Gruppe relevant. Wir fordern deshalb unsere Mutterpartei auf, dass sie sich auch bei der Listenaufstellung zur kommenden Kommunalwahl an das Reißverschlussverfahren hält. Wir wollen, dass Jede und Jeder bei ihrer oder seiner Arbeit unterstützt wird und die Möglichkeiten erhält, sich weiterzuentwickeln. Dies schließt pauschale Urteile über die Arbeit Einzelner aus.

4.4 Bildung

Bildung bedeutet für uns mehr als das reine Lernen, Bildung ist für uns ein wichtiger Teil in unserem Leben, der in verschiedenen Lebensabschnitten beginnt, aber niemals aufhört.

Alle müssen können dürfen: Chancengleichheit, Emanzipation und Inklusion

Bildung soll gleiche Bildungschancen ab der Geburt ermöglichen, um die selben Startchancen zu garantieren, unabhängig vom Geldbeutel und kulturellem Hintergrund.

Bildung bedeutet dabei für uns nicht nur das reine Erlernen von Wissen, sie muss den Menschen darüber hinaus die Möglichkeit geben, Ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Denn nur ein selbstbestimmtes Leben bedeutet Freiheit von Abhängigkeiten.

Bildung ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmte Ziele zu setzen und diese zu verwirklichen. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet die Chance auf Arbeit, sorgt für Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Aufstiegsperspektiven. Dadurch hat Bildung einen Mehrwert.

Bildung ist somit ein elementarer Teil des demokratischen Sozialismus, der zur Freiheit des/der Einzelnen, und damit zur Freiheit aller führt. Unsere Vision ist eine soziale, gerechte Gesellschaft ohne Abhängigkeiten und Unterdrückung. Alle Menschen müssen in Würde leben und respektvoll zusammenleben können. Ausbilden können uns andere, bilden müssen wir uns selbst, dazu bedarf es bestimmter Voraussetzungen.

Kapitalistische Einflüsse reduzieren die Bildung auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Die Emanzipation des einzelnen Menschen wird in den Hintergrund gedrängt, um nachhaltig die Vermehrung des Kapitals auf Kosten der ArbeitnehmerInnen zu gewährleisten. Bildung muss von wirtschaftlichen Interessen getrennt werden. Bildung soll Menschen entwickeln, keine Kinder für die Wirtschaft. Daher fordern wir Unabhängige Bildung.

Es ist uns wichtig, dass Bildung im Mittelpunkt steht und auf individuelle Stärken und Schwächen eingeht, es ist von immenser Wichtigkeit, die Selektion nach dem vierten Schuljahr abzuschaffen, den es fördert soziale Ungleichheiten und bestimmt schon im Kindesalter den Lebensweg junger Menschen. Nur eine gemeinsame Beschulung kann Chancengleichheit sichern und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, hierbei spielt das soziale Lernen zwischen den Schülerinnen und Schülern eine besondere Rolle.

Menschen mit einer Behinderung sind heutzutage viel präsenter im öffentlichen Leben, Sie sind ein Teil unseres gesellschaftlichen Leben und partizipieren daran. Trotzdem besitzen Menschen mit einer Behinderung immer noch nicht die gleichen Voraussetzung wie Menschen ohne eine Behinderung., ein Beleg dafür ist der Lebensabschnitt für die Kinder, wenn Sie zum ersten Mal eine Schule besuchen.

Jedoch haben die Eltern keine Wahlmöglichkeit, ob ihr Kind entweder auf die Sonder- oder eine Regelschule zu schicken, sondern dies wird bestimmt.

Dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammen zu lernen ist ein sehr erfolgreiches pädagogisches System. Ein Beleg dafür ist der Pisa-Test der vor allem in den skandinavischen Ländern gut abgeschnitten hat, wo es kaum eine schulische Trennung zwischen behinderten und nicht behinderten Kindern gibt.

Es ist notwendig, unsere Schulpolitik zu verändern, um das gesamtgesellschaftliche Leben offener und transparenter zu gestalten, nur dadurch haben wir die Möglichkeit Chancengleichheit zu erfahren, auch für Menschen mit einer Behinderung. Deshalb sind wir Juso für Inklusion in der Bildung für die Abschaffung des gegliederten Schulsystems.

Schulen für Selbstbestimmung und Mitbestimmung

Wir brauchen eine individuelle Förderung, die Integration sichert und das soziale Lernen miteinander und untereinander fördert, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Mittagessen. Wir sind gegen eine Ausgrenzung innerhalb der Schultore, daher darf Demokratie nicht vor den Schultoren aufhören, sondern es ist notwendig, dass wichtige Beschlüsse, die für den Alltag an Schulen von hoher Bedeutung sind, nicht in kleinen Kreisen über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen werden, sondern solidarisch mit allen Beteiligten. Es ist notwendig, dass die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ernst genommen werden und ein höheres Mitbestimmungsrecht erhalten.

Um die Bedürfnisse und individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu stärken, muss das Abitur neu gestaltet werden. Die Profiloberstufe schränkt die Wahlfreiheit ein und verhindert einen selbstbestimmten Lebensweg und muss daher neu gestaltet werden, um die Zukunft und die freie Entfaltung jedes Einzelnen zu fördern.

Hochschulen unabhängig von Wirtschaftsinteressen und frei von Diskriminierung

Für viele junge Menschen beginnt als Studentinnen und Studenten ein neuer Lebensabschnitt, es ist daher für uns wichtig, dass Hochschulen keine ökonomisch orientierte Dienstleistungsunternehmen sind, sondern dass Sie in ein emanzipiertes Leben führen. Auch hier muss Bildung über die reine Berufsausbildung hinausgehen. Daher gilt für uns als Grundüberzeugung, dass Hochschulen keine wirtschaftsnahe Berufsausbildungsanstalt sind. Es ist notwendig, dass individuelle Lernprozesse ohne Vorgaben gestaltet werden. Durch einen erheblichen Kostenfaktor nehmen immer weniger junge Leute ein Studium auf und auch immer mehr Studierende brechen ab, davon sind

besonderes Studierende aus einkommensschwachen Familien betroffen und die soziale Schieflage im deutschen Bildungssystem verschärft sich zunehmend. Für uns bedeutet dies, die staatliche Unterstützung von jungen Studierenden während dieses Bildungsabschnitts. Diskriminierung muss aufgedeckt und Gleichstellung durchgesetzt werden, um Betroffenen Unterstützung zu bieten bzw. die Ächtung von sexualisierter und sexueller Gewalt auch an Hochschulen zu bekämpfen.

Es ist für uns elementar wichtig, dass alle Studierenden ein Diskriminierung Rechte und Schutz vor Diskriminierung erhalten und die Diskriminierung an Hochschule bekämpft wird. Auch die physischen und informationellen Barrieren für Studierende mit Behinderung müssen abgebaut werden.

5. Organisation

Wir JungsozialistInnen sehen uns als kritischen Verband innerhalb der SPD, der auch eigene Ideen entwickelt und in die Partei einbringt. Wir vertreten die Ansprüche und Interessen der jungen Generation. In keiner anderen Gliederung der SPD in Braunschweig treffen sich so viele Menschen, um die Zukunft politisch aktiv zu gestalten. Wir wollen weiterhin Stellung zu zentralen Fragen unserer Zeit beziehen! Unsere Anträge sind das Ergebnis einer guten Gruppenarbeit. JedeR aktive JungsozialistIN soll weiterhin die Möglichkeit bekommen, sich an Diskussion zu beteiligen und an der Ergebnisfindung mitwirken zu können. Nur ein solches Diskussionsverhalten bringt fundierte Ergebnisse hervor und bindet alle aktiven mit ein.

Die inhaltliche Arbeit hat für den Vorstand der JungsozialistInnen weiterhin hohe Priorität. Damit diese weiterhin bestehen kann, gilt es weiterhin, die interne inhaltliche Weiterbildung sowie die methodische Schulung aller JungsozialistInnen weiter zu entwickeln. Diese Kompetenzen kommen allen aktiven JungsozialistInnen zu Gute. Auch sehen wir uns in der wichtigen Aufgabe, junge Menschen aufzubauen, damit sie in Zukunft in Ortsvereinen oder anderen Gremien der Partei Aufgaben übernehmen können.

Damit dieses Prinzip weiterhin gelingen kann, haben sich die Braunschweiger JungsozialistInnen ein organisatorischen Gerüst über die Jahre aufgebaut:

5.1 Die Juso-Arbeit in Braunschweig

Im Folgenden wird die Arbeitsweise der JungsozialistInnen im UB Braunschweig dargestellt:

5.1.1 Zentrale Termin aller JungsozialistInnen: die Mittwochssitzung um 18:30 Uhr

Die Juso-Sitzungen im Unterbezirk – also die Mittwochstermine – sind die zentralen Treffen aller Braunschweiger JungsozialistInnen. Hier diskutieren wir über aktuelle Themen und organisieren die Juso-Arbeit.

5.1.2 Arbeitskreise

Damit die Arbeit im Juso-Unterbezirk Braunschweig mit Inhalten und Ideen gefüttert werden kann, wurden und können verschiedene Arbeitskreise gegründet werden. Diese haben sich zum inhaltlichen Rückgrat der Braunschweiger JungsozialistInnen entwickelt und sollen unbedingt fortgeführt werden!

Dennoch bedarf es einer Regelung für die Arbeit und die Arbeitsweise in den Arbeitskreisen. Deshalb wird im Folgenden die Zusammenarbeit zwischen den JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig und den untergegliederten Arbeitskreisen geregelt, aber auch die Aufgaben der Arbeitsgruppen festgelegt:

Richtlinien zur Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig und den untergliederten Arbeitskreisen:

- JedeR aktive JungsozialistIn in Braunschweig hat Vorschlagsrecht zur Gründung eines Arbeitskreises. Der Juso-Unterbezirksvorstand richtet über einen Vorstandsbeschluss einen Arbeitskreis vorübergehend ein. Eine Mitgliederversammlung entscheidet endgültig über die Gründung eines Arbeitskreises.
- Vor der Gründung eines Arbeitskreises müssen dem Juso-Unterbezirksvorstand sowie allen Braunschweiger JungsozialistInnen folgende Punkte vorgelegt werden:
 - Thema und Inhalt des Arbeitskreises
 - Ziel der Arbeitskreises
 - Themengebiete, die im Arbeitskreis behandelt werden sollen
 - ein Potential von Interessierten an einem Thema muss vorgezeigt werden
- Jeder Arbeitskreis hat - oder benennt - ein verantwortliches Koordinationsteam (meistens zwei JungsozialistInnen)
- Dieses Koordinationsteam koordiniert die Arbeit in den Arbeitskreisen und lädt zu deren Treffen ein. Es ist verantwortlich dafür, dass
 - Sitzungstermine über den E-Mail-Verteiler und auf den Juso-Sitzungen bekannt gemacht werden
 - Ein Vorschlag zur Tagesordnung allen Mitgliedern zugeht
 - Räumlichkeiten für Sitzungen gebucht werden
 - die Liste der Mitglieder in den Arbeitskreisen aktuell gehalten wird
 - ein E-Mail-Verteiler für alle Mitglieder aufgebaut und aktuell gehalten wird

- Diese Aufgaben können natürlich vom Koordinationsteam an alle Mitglieder delegiert werden
- Die Arbeit in den Arbeitskreisen ist eine Ergänzung - also eine Nebentätigkeit - zur allgemeinen Juso-Arbeit mittwochs im Unterbezirk.
- Inhalte und Ergebnisse aus den Treffen, aber auch Vorhaben (Projekte o.ä.) der Arbeitsgruppen und -kreise, werden am nächst möglichen Juso-Treffen vorgestellt. Nur so kann eine transparente und erfolgreiche Arbeit im Unterbezirk entstehen.
- Die Arbeitskreise erarbeiten zu ihrem Themengebiet Thesen und Papiere als Diskussionsgrundlage. Als ExpertInnen tragen sie Ihre Ergebnisse den anderen Jusos an einem Mittwochstreffen vor. So haben Arbeitsgruppen und -kreise, wann immer sie wollen, die Möglichkeit, die inhaltliche Arbeit des Juso-Unterbezirks - in Absprache mit dem Juso-Unterbezirksvorstand - aktiv zu gestalten.
- Die Arbeitskreise arbeiten im Rahmen der Richtlinien des Leitfadens eigenständig und können auf die Hilfe des Juso-Unterbezirksvorstandes zurückgreifen.
- Die Arbeitskreise sind Untergliederungen des Juso-Unterbezirks. Es bedarf immer einer Absprache mit dem Unterbezirksvorstand, um die Arbeit im Unterbezirk zu koordinieren. Der Unterbezirksvorstand hat somit auch ein Weisungsrecht und kann davon jederzeit Gebrauch machen.
- Die Arbeitskreise haben kein Stimmrecht. Somit ist der Unterbezirksvorstand als übergeordnete Ebene der JungsozialistInnen vor Ort für sie der verantwortliche Ansprechpartner.
- Für Unterbezirkskonferenzen und außerordentlichen Mitgliederversammlungen steht den Arbeitskreisen ein Antragsrecht zu.
- Der Vorstand achtete darauf, dass stets eine gute Kommunikation zwischen jedem Arbeitskreis und ihm stattfindet.
- Jeder Arbeitskreis verpflichtet sich, bei mindestens einer Juso-Aktion, die organisatorische Arbeit zu übernehmen (Mobilisierungsliste erstellen, Termine ankündigen, Anmeldungen vornehmen, etc.); hierzu leistet der Unterbezirksvorstand unterstützende Hilfe
- Jeder Arbeitskreis ist verantwortlich dafür, Berichte für die Homepage regelmäßig zu erstellen; es ist darauf zu achten, dass über thematische Schwerpunktsitzungen der Jusos, der SPD, außerparteiliche Veranstaltungen und Aktionen innerhalb von wenigen Tagen ein Bericht der / dem Unterbezirksvorsitzenden zur Korrekturlesung vorliegt.

5.1.3 Kampagnen

Neben den Arbeitskreisen kann der Juso-Unterbezirk Braunschweig auch Kampagnen gründen, um über einen festgelegten Zeitraum die Juso-Arbeit kurzfristig mit interessanten oder aktuellen Themen zu füttern. Für die Durchführung von Kampagnen ist der Unterbezirksvorstand zuständig. Er koordiniert den Ablauf und die Umsetzung der Kampagnen und lädt ReferentInnen aus den eigenen Reihen oder Externe ein. Auch hier bedarf es einer Regelung für die grundsätzliche Arbeit und die Arbeitsweise der Kampagnen:

Richtlinien für Kampagnen:

- JedeR aktive JungsozialistIn in Braunschweig hat Vorschlagsrecht zur Gründung einer Kampagne. Der Juso-Unterbezirksvorstand richtet über einen Vorstandsbeschluss einer Kampagne vorübergehend ein. Eine Mitgliederversammlung entscheidet endgültig über die Gründung einer Kampagne.
- Vor der Gründung einer Kampagne müssen dem Juso-Unterbezirksvorstand sowie allen Braunschweiger JungsozialistInnen folgende Punkte vorgelegt werden:
 - Thema und Inhalt der Kampagne
 - Ziel der Kampagne
 - Startpunkt und Ende der Kampagne
 - Themengebiete, die in der Kampagne behandelt werden sollen
 - Terminvorschläge für die Behandlung der Themengebiete
- In der Kampagne sollen Thesen und Papiere als Diskussionsgrundlage erarbeitet werden, die an einem Mittwochstreifen vorgetragen werden

Wahlkämpfe

Eine besondere Art von Kampagnen sind die Wahlkämpfe. Wie bei jeder Kampagne, entscheiden sich die JungsozialistInnen im Unterbezirk wie auch bei zukünftigen Wahlkämpfen im Vorfeld, ob und in wie weit sie sich an Wahlkämpfen beteiligen.

Gibt es eine positive Entscheidung, einen Juso-Wahlkampf zu führen, so wird ein Juso-Wahlkampfteam gegründet, das den Wahlkampf im Juso-Unterbezirk Braunschweig vorbereitet, gestaltet und umsetzt.

Das Wahlkampfteam hat auch darauf zu achten, dass alle Gelegenheiten genutzt werden, für Juso-Ideen und für die Sozialdemokratischen Grundwerte bei Jugendlichen zu werben. Dabei muss darauf Wert gelegt werden, dass ein stark inhaltlich bezogener

Wahlkampf vorbereitet wird. Die Unterstützung unserer aktiven Juso-KandidatInnen darf auch nicht fehlen.

Ein Plakatierdienst kann in Zukunft nicht mehr angeboten werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, neben den Juso-Wahlkampf und dem Wahlkampf im eigenen Ortsverein, noch zusätzlich anderen Ortsvereinen beim Plakatieren zu helfen. **Nichtsdestotrotz stehen Jusos nach Absprache mit dem Juso-Unterbezirksvorstand und dem SPD-Unterbezirksvorstand für einen vergüteten Plakatierdienst zur Verfügung, sofern eine Vergütung nach aktueller Mindestlohnforderung der SPD zugesichert wird. Zur Zeit beträgt diese 8,50€ / Stunde.**

5.1.4 Projektarbeit

Es ist grundsätzlich – mit Zustimmung des Juso-Unterbezirksvorstandes oder einer ordentlichen Mitgliederversammlung - möglich, eigene Projektgruppen zu gründen. Diese müssen in verantwortungsbewusster Eigenregie geführt werden und richten sich nach den Richtlinien der Kampagnen.

5.1.5 Der Rote Salon

Die offene Diskussionsveranstaltung der Braunschweiger JungsozialistInnen „Der Rote Salon“ ist in den vergangenen knapp zehn Jahren zu einer festen Institution geworden. Die Behandlung aktueller politischer Themen durch kompetente ReferentInnen mit verschiedensten Hintergründen hat sowohl uns JungsozialistInnen als auch interessiertes Publikum aus Braunschweig und Umgebung gelockt. Die „Roten Salons“ müssen weiterhin so geplant werden, dass die JungsozialistInnen weiterhin auch die Diskussion zu ausgewählten Themen mit Nichtmitgliedern führen können, um so neue Erkenntnisse zu schließen. Der Juso-Unterbezirksvorstand möge weiterhin am Konzept dieser Veranstaltung festhalten und ihn regelmäßig fortführen.

5.1.6 Seminare, Kongresse und inhaltliche Schulung

Um die Arbeit der JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig voranzutreiben, wird der Unterbezirksvorstand aufgefordert, Wochenendseminare zu aktuellen oder interessanten Themen zu organisieren. Es können entweder Vorträge von Expertinnen und Experten sein oder es sind Seminare, bei denen in Gruppen Themen bearbeitet werden.

Als Ergänzung zu den Unterbezirksseminaren sollen weiterhin auch Juso-Bezirks-, Landes- und Bundesseminare wahrgenommen werden. Anmeldungen zu diesen Veranstaltungen laufen über den Juso-Unterbezirksvorstand. Hier ist es wichtig, dass so viele JungsozialistInnen wie möglich aus Braunschweig an Seminaren teilnehmen. Dies ist wichtig, um einerseits Ideen aus Braunschweig „nach oben“ zu tragen und vor allem auch wichtig, um Ideen „nach Braunschweig“ zu tragen. Dabei geht es vor allem um folgende Seminare:

- Seminare des Juso-Bezirks Braunschweig, wie das Juso-Basic-Seminar, das Organisationsseminar und die Frühlings-/Sommerschule
- Projektwochenenden des Juso-Landesverbandes mit den Schwerpunktthemen „Bildung“, „Internationales“ und „Arbeit und Wirtschaft“.
- Kongresse übergeordneter Juso-Ebenen

5.1.7 Protokolle

JedeR Juso soll den Begriff der Solidarität leben, deshalb werden die Protokolle der Juso-Unterbezirkssitzungen weiterhin von allen JungsozialistInnen in alphabetischer Reihenfolge verfasst werden. Das Protokoll muss der / dem Vorsitzenden als elektronisches Dokument zugeschickt werden, sodass das Protokoll über den E-Mail-Verteiler geschickt werden kann.

5.1.8 Gemeinsame Jahresplanung

Wie in den vergangenen zwei Jahren eingeführt, soll es zukünftig im November/Dezember eines jeden Jahres grundsätzlich eine basisdemokratische Jahresplanung für das darauf folgende Kalenderjahr geben.

5.2 Arbeit Konkret: Bündelung der Arbeit und Kooperationen

Um unsere Interessen in der Partei besser zu bündeln und Mehrfachdiskussionen zu inhaltlichen Themen zu vermeiden, streben wir seit längerem gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Gruppen der Partei an – sei es auf Juso- oder auf SPD-Ebene. Auch die inhaltliche Kompetenzen müssen wir besser bündeln. So müssen wir JungsozialistInnen in Braunschweig uns die Frage stellen, welche Themen von den JungsozialistInnen vor Ort besser behandelt werden können und welche nicht. Wichtige Themen, die auf Grund von Mangel an Experten vor Ort nicht angeboten werden können,

müssen eingeladen werden. Hierz streben wir deshalb zukünftig eine Thematische Kooperation mit festen Verantwortlichkeiten an.

Zusammenarbeit innerhalb der AGen-Konferenz

Die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Migrationspolitik, dem Arbeitskreis Klimaschutz und Energie und der AG SPD 60 plus funktioniert hervorragend. Die konstruktive Zusammenarbeit mit der AG SPD 60 plus sowie den AKs Migrationspolitik und Klimaschutz und Energie soll intensiv weiter fortgeführt und verbessert werden. Mit der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen), mit der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) sowie mit der AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen) wollen wir die Zusammenarbeit intensivieren. Dies kann nur gelingen, wenn beide Seiten dazu bereit sind. Hier setzen wir große Hoffnungen in der Zusammenarbeit in der kürzlich gegründeten AGen-Konferenz. Verantwortlich für diese Zusammenarbeit innerhalb der AGen-Konferenz sind der UBV sowie eines weiteren Mitglieds aus dem Vorstand.

Zusammenarbeit zum Thema Arbeit und Wirtschaft

Bei der Zusammenarbeit zum Thema Arbeit und Wirtschaft wir grundsätzlich die Zusammenarbeit mit der AfA sowie dem AK Wirtschaft der SPD-Ratsfraktion angestrebt. Weiter ist eine Zusammenarbeit mit dem Juso-Projekt Wirtschaft auf Juso-Bezirksebene sinnvoll. Die Anbindung an die DGB-Gewerkschaftsjungen ist ein weites Ziel, um gesamtgesellschaftlich die Bündnisarbeit im Bereich Arbeit und Wirtschaft zu erreichen. Hierzu soll ein Juso aus dem UBV federführend verantwortlich sein.

Zusammenarbeit zum Thema Kommunalpolitik

Um unsere kommunalpolitischen Ziele in die Wirklichkeit umzusetzen, brauchen wir eine aktive Zusammenarbeit mit anderen Gliederungen der Partei. Hierzu ist eine enge Anbindung an die SPD-Ratsfraktion sowie eine breite Anwesenheit im SPD-UBA Pflicht. Die Zusammenarbeit mit dem AK Klimaschutz und Energie sowie dem AK für Migrationsfragen soll intensiviert werden. Weiter ist die Zusammenarbeit mit den Juso Projekten Kommunalpolitik auf Bezirks- und Landesebene anzustreben, um jusointern Impulse zu setzen und aufzunehmen. Hierzu soll ein Juso auf dem UBV federführend verantwortlich sein.

Zusammenarbeit zum Thema Gleichstellung

Das Thema Gleichstellung lässt Bündnisarbeit in vielerlei Hinsicht zu, da dies sowohl Haupt- als auch Querschnittsthema ist. Als Hauptthema werden wir die innerparteiliche Zusammenarbeit sowohl mit dem Juso-Frauenforum im Bezirk Braunschweig sowie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ausbauen. Auch über die SPD hinaus gibt es Frauenverbände und Zusammenschlüsse – wie das 8. März-Bündnis – die Möglichkeiten der Bündnisarbeit bieten.

Weiter wollen wir zu bestimmten Bereichen der Gleichstellung, wie zum Beispiel der Arbeitsmarktpolitik, auf parteiinterne und -externe Gliederungen zugehen.

Zusammenarbeit bei den Jusos

In der Vergangenheit fanden häufig Veranstaltungen zu den gleichen Themen in den Unterbezirken im Bezirk Braunschweig statt. Wir streben eine engere Zusammenarbeit mit anderen Unterbezirken an, um unsere Themen zu koordinieren und uns gegenseitig zu unterstützen. Hierzu gehören gegenseitige Besuche nicht nur zu Konferenzen oder Veranstaltungen. Der Juso-Bezirk muss dabei als Vermittlungsebene fungieren. Teilnahme an den Veranstaltungen und Seminaren des Juso-Bezirks sind für uns obligatorisch. Im Landesausschuss und auf der Landeskonzferenz der Jusos werden wir uns für unsere Positionen einsetzen und innerhalb des Bezirks Braunschweig für Zusammenarbeit werben. Der Landesverband und auch der Bundesverband der Jusos bieten eine breite Spanne an Seminaren und Veranstaltungen an. Diese Angebote nehmen wir gerne wahr, um uns weiterzubilden und zu vernetzen. Bei der verbandsinternen Vernetzung sind alle Jusos gefragt.

Zusammenarbeit innerhalb der SPD

Auch eine engere Anbindung zu den SPD-Ortsvereinen und dem SPD-Unterbezirk ist anzustreben. In Wahlkämpfen klappt die Zusammenarbeit mit dem UB-Büro und mit den Kandidaten sehr gut. Vereinzelt klappt auch die Zusammenarbeit mit Ortsvereinen.

Arbeitskreis politischer Jugend (APJ)

Dem Arbeitskreis politischer Jugend gehören derzeit neben den Jusos auch andere Jugendorganisationen an. Jedes Jahr treffen sich VertreterInnen dieser Organisationen, um die School's Out Party zu organisieren. Wir Jusos werden weiterhin mit einem Infostand bei dieser Veranstaltung vertreten sein, denn hier können wir mit vielen jungen

Menschen ins Gespräch kommen. In diesem Jahr haben wir Jusos den geschäftsführenden Vorsitz des APJ und sind somit für die Einreichung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung der Stadt im Rahmen des APJ zuständig. Wir werden gegebenenfalls weitere Treffen berufen, um eine Zusammenarbeit zu bestimmten Themen zu planen. VertreterInnen der Jusos in der APJ sind die Vorsitzende/der Vorsitzende und die KassiererIn/der Kassierer.

Allgemeine Zusammenarbeit: Jede(r) einzelne

Natürlich ist auch jedeR Genossin/Genosse und jedeR JungsozialistIN daran interessiert, bei Vereinen, in der Schule, bei der Ausbildung oder im Studium, die Sozialdemokratische Idee in der Gesellschaft zu verankern. Auch müssen wir Impulse aus der Gesellschaft aufnehmen und in die Partei und zu den JungsozialistInnen hineinbringen.

5.3 Mitgliederwerbung

Wir JungsozialistInnen sind immer mit vielen Ständen und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit vertreten, sei es in Wahlkämpfen oder anderswo. Vor allem im persönlichen Kontakt mit den Menschen können wir am besten unsere Ideen weitergeben und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden und Mitglieder werben. Nur wenn wir viele Mitstreiter finden, können wir unsere Ziele verwirklichen.

5.3.1 Motivation

Die Zahl der aktiven JungsozialistInnen konnte in den letzten Jahren stabilisiert und besonders in den letzten sechs Monaten noch gesteigert werden. Bis zu dreißig JungsozialistInnen und Interessierte kommen Mittwochs zu unseren Sitzungen um zu planen und inhaltlich intensiv zu diskutieren. Dennoch ist es oftmals schwierig, genug Aktive für die durchgehende und verlässliche personelle Besetzung von Ständen und für Aktionstage zu mobilisieren. Es ist das Ziel des Juso-Unterbezirks Braunschweig, sich untereinander stärker für Stände und Aktionen zu motivieren und somit ein aktiveres Engagement zu erreichen. Nur so können wir große Aktionen wie das Fußballturnier, einen Stand beim Sommerloch-Festival und vor allem unseren Stand auf dem Magnifest in die Praxis umsetzen.

5.3.2 Öffentlichkeitsarbeit

Substanzielle interne Arbeit allein ist nicht ausreichend. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die jungen Leute außerhalb der SPD die Arbeit des Juso-Unterbezirks auch tatsächlich wahrnehmen. Die persönliche Kontaktaufnahme und das persönliche Gespräch sind dabei von sehr hohem Wert. Diese versuchen wir in Form von Infoständen und Aktionen herzustellen. Darüber hinaus müssen wir verstärkt versuchen, Menschen über die zur Verfügung stehenden Medien zu erreichen. Die Anstrengungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollen deshalb im nächsten Jahr intensiviert werden. Dem Unterbezirksvorstand werden Texte vor Veröffentlichung zur Freigabe vorgelegt.

FAUST-Redaktion / FAUST-Team

Eine wichtige Säule der Mitgliederwerbung ist unsere Öffentlichkeitsarbeit. So hat sich unsere Juso-Zeitung **FAUST** seit über sechs Jahren bei SchülerInnen etabliert. Viele Jugendliche können wir für unsere Themen interessieren. Leider ist die Nachfrage nach neuen Ausgaben größer, als wir sie decken können. Zusätzlich soll die Juso-Zeitung „Faust“ weiterentwickelt werden. Dabei ist es das Ziel, mindestens zwei bis drei Ausgaben pro Jahr zu erstellen und vor allem vor Schulen zu verteilen. Weiterhin sollen Artikel für die SPD-Unterbezirks-Zeitung „Volksfreund“ verfassen werden.

Homepage-Team

Unsere Homepage ist rund erneuert und wird häufig genutzt. Sie ist ein wichtiges Aushängeschild der Braunschweiger JungsozialistInnen. In Zukunft wird es weiterhin wichtig sein, dass sie ständig aktuell ist und eindrucksvolles Bild der täglichen Juso-Arbeit gibt.

Deshalb muss das Homepage-Team - mit einem Verantwortlichen-Team - weitergeführt werden. Dieses Team wird damit beauftragt, die Juso-UB-Homepage immer aktualisiert zu halten – sei es Termine, Nachrichten oder sonstige Meldungen. Das Team wird auch damit betraut, die Homepage – in Rücksprache mit dem Vorstand – die Internetseite weiterzuentwickeln.

Juso-Sommerprogramm

Gerade im Hinblick auf die diesjährigen Kommunalwahlen sollen die JungsozialistInnen im Stadtbild stärkere Präsenz zeigen. Hierzu sollen unter Verantwortung des Vorstandes und

der Arbeitskreise „traditionelle“ Juso-Aktivitäten fortgeführt und gegebenenfalls neue entwickelt werden.

Zu den „traditionellen“ Aktionen gehören:

- die „24-Stunden-Aktion“ mit einem Schwerpunktthema
- das Fußballturnier
- das Sommerlochfestival
- der Stand auf dem Magnifest
- Kneipentouren

Weitere Aktionen

Im den Zusammenhalt der Juso-Gruppe zu fördern und zu stärken, sollen auch in diesem Jahr wieder interne Spaß-Aktionen stattfinden sowie an Kundgebungen, Demonstrationen und sonstigen öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen teilzunehmen:

- 1.-Mai-Demo
- Aktionstage gegen Atomenergie
- Bildungsstreiks
- eintägige Juso-Fahrten sollen angeboten werden.
- Gesellige Zusammenkünfte soll es auch wieder geben, wie z.B. der Eurovision-Song-Contest oder ein Videoabend.
- Auch Wochenendbildungsfahrten soll es geben
- Zu prüfen ist, ob es - wie zwischen 2003 und 2006 - wieder eine Zeltfahrt geben kann. Der Zeitraum ist so zu wählen, dass möglichst viele JungsozialistInnen in Braunschweig die Möglichkeit haben, teilzunehmen.

6. KONKRET: Wie setzen wir das alles um?

Die Juso-Treffen im Unterbezirk – also die Mittwochstermine – sind die zentralen Treffen aller Braunschweiger JungsozialistInnen. Hier diskutieren wir über aktuelle Themen und organisieren die Juso-Arbeit. Um die inhaltliche Arbeit im Juso-Unterbezirk Braunschweig zu stärken, wurden verschiedene Arbeitskreise und Kampagnen gegründet.

AK Mitgliederwerbung und -bindung

Der Arbeitskreis Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung ist eine Untergliederung der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig. Ziele des Arbeitskreises sind:

Mitgliederwerbung

- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, den Stellenwert und den Bekanntheitsgrad der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig in der Öffentlichkeit zu erhöhen
- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die Inhalte und Themen der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig in der Öffentlichkeit zu verankern
- Empfehlungen zur Verbesserung der aktuellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Homepage, Faust, Pressemitteilungen, Aktionen und Postkarten) zu geben
- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig zu finden
- Die außerverbandliche und außerparteiliche Bündnisfähigkeit beizubehalten und auszubauen
- Verbesserungsvorschläge für das Layout der Homepage zu unterbreiten
- Ein neues Juso-Logo zu erstellen

Mitgliederbindung

- Empfehlungen und Verbesserungen zu geben, die das Mitmachen und sich Einbringen bei den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig noch weiter erleichtern

- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die Juso-Arbeit noch interessanter zu gestalten
- Neue Formen und Wege zu finden, alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig in Diskussionsprozesse sowie in die tägliche Juso-Arbeit zu beteiligen
- Darauf zu achten, dass weiterhin die Juso-Welt (Sitzungen, Aktionen, Seminare, Arbeitskreistreffen, ...) ein Ort des Mitmachens bleiben
- Regelmäßig interne Umfragen über die Zufriedenheit aller Jusos stattfinden zu lassen, aus denen unter anderem Verbesserungs- und neue Themenvorschläge resultieren sollen

Alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig sind eingeladen, in diesem Arbeitskreis mitzuwirken.

Arbeitskreis Sozialpolitik

Der Sozialstaat ist eines der Prinzipien auf denen unsere Verfassung aufgebaut ist.

Gerade die SPD und wir Jusos setzen uns für einen solidarischen und gerechten Staat ein. In den letzten Jahren wurden soziale Leistungen leider immer weiter gekürzt und damit der Sozialstaat stückweise abgebaut. Auch in der Gesundheitsversorgung findet eine Aufweichung des Solidarsystems statt, dies hat zu einer 2-Klassen-Medizin geführt.

Dank der schwarz-gelben Bundesregierung ist das Gesundheitssystem nun auf dem Weg sogar zu einer 3-Klassen-Medizin zu werden.

Der Arbeitskreis Sozialpolitik will sich zunächst mit den Vorgängen der Gesundheitspolitik beschäftigen. Das deutsche Gesundheitssystem mit gesetzlicher und privater Krankenversicherung (GKV und PKV) soll betrachtet werden, ebenso wie die Voraussetzungen der stationären und ambulanten Behandlung. Auf dieser Grundlage und im Vergleich zu dem Konzept der Bürgerversicherung können die Mitglieder des Arbeitskreises eigene Lösungsansätze entwickeln.

Während der Betrachtung des Gesundheitssystems können auch andere sozialpolitische Bereiche aufgenommen werden, die dann anschließend intensiver bearbeitet werden.

AK Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, also die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten.

Als politischer Richtungsverband möchten wir den AK Kommunalpolitik weiterführen.

Dabei geht es darum, dass wir Jusos wieder ein kommunal- und regionalpolitisches Profil weiterentwickeln. Grundlage für diese Weiterentwicklung sind die kommunalpolitischen Grundsatzbeschlüsse, die wir als Jusos gemeinsam zu Beginn des Jahres im „Juso-Wahlmanifest“ festgehalten haben.

Darüber hinaus wollen wir uns mit den alltäglichen Herausforderungen vor Ort auseinandersetzen und die Kommunalpolitik nicht gänzlich den Älteren in unserer Partei überlassen. Es geht in diesem Arbeitskreis um die Diskussionen lokaler Probleme und Erörterung von Entwicklungspotentialen. Hierzu gehört auch, Zukunftsvisionen für unsere Stadt und Region zu entwickeln. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten - die Partizipation - junger Menschen vor Ort anregen und stärken.

Nachdem wir uns im Rahmen der Kampagne „Kommunalwahl 2011“ bereits mit kommunalpolitischen Themen wie der öffentlichen Daseinsvorsorge beschäftigt haben, wollen wir insbesondere diese Inhalte in der abschließenden dritten Phase („heiße Wahlkampfphase“) an Infoständen und auf unseren Aktionen vor allem jungen Menschen nahebringen, wobei bei der Erfüllung dieser Aufgabe jedeR Juso in der Pflicht steht, unsere jugendpolitischen Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Nach der Kommunalwahl will sich der Arbeitskreis verstärkt darum bemühen, bei Jugendlichen in Braunschweig eine Anbindung herzustellen, die ihre Probleme und Wünsche für eine sozial gerechte Stadt äußern können und von uns aufgenommen werden. Wenn wir nach dem 11. September die CDU/FDP-Ratsmehrheit gekippt haben, achtet der Arbeitskreis darauf, dass gerade die von Jusos ausgehenden Forderungen im SPD-Wahlprogramm auch von der SPD-Ratsfraktion umgesetzt werden.

AK Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist ein zentrales Politikfeld für unsere Zukunft. Deshalb werden wir im Unterbezirk den Arbeitskreis „Umwelt und Energie und Mobilität“ weiterführen. In Zeiten steigender globaler Energienachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zu der Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie. Unser Ziel als JungsozialistInnen ist es, dafür zu sorgen, dass Projekte gestartet werden, die einen baldigen Atomausstieg fördern, die Energieproduktivität und Energieeffizienz Jahr für Jahr steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter erhöhen.

Nachdem wir uns bereits mit den Themen Atomenergie und der Endlagerproblematik, erneuerbaren Energien und einer Mobilitätswende auseinandergesetzt haben, wird der Arbeitskreis sich im nächsten Jahr mit folgenden Themen befassen:

- **WASSER:** Wasser ist Nahrungsmittel, Lebensraum, Transportweg und Energiegewinnungsmittel zugleich. Wasser ist lebenswichtig, doch nicht überall auf der Welt gleichermaßen zugänglich.
- **EMISSIONSHANDEL:** Kann die Eindämmung der CO₂-Emission durch eine Kosten-Nutzen-Rechnung gefördert werden?
- **GRÜNE GENTECHNIK:** Wir wollen die Diskussionen um die Grüne Gentechnik, die wir im letzten Jahr begonnen haben, abschließen.

Des Weiteren werden wir uns in den SPD-AK Klimaschutz und Energie sowie dem Projekt Umwelt auf Bezirksebene einbringen. Besonders wünschen wir uns, dass das Projekt Umwelt sich zukünftig um die Organisation von umweltpolitischen Aktionen und Fahrten kümmert. Hierzu zählen auch die Teilnahme an Demos sowie an Fortbildungsveranstaltungen und themenbezogenen Exkursionen.

Arbeitskreis Kampf gegen Rechts

Der Arbeitskreis „Kampf gegen Rechts“ im Juso-Unterbezirk Braunschweig hat sich gegründet, um die Arbeit gegen Rechts in Braunschweig und Umgebung voranzubringen. Statistiken belegen immer wieder, dass gerade auch die Jugend auf faschistische Propaganda hereinfällt, so hat schon jeder fünfte Jugendliche in Deutschland Kontakt zu politisch organisierten, rechten Gruppierungen gehabt.

Der Kampf gegen Faschismus, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung ist eine immerwährende Aufgabe und darf deshalb niemals nachlassen. Wir Jusos verpflichten uns dazu, diesen Kampf zu führen und weiterzuentwickeln. Deshalb hat sich dieser Arbeitskreis gegründet.

Der Arbeitskreis versteht sich nicht nur als theoretischer, sondern als verstärkt praktisch orientierter Arbeitskreis. Dazu fallen auch spontane Aktionen, die in einem langfristig angelegten Arbeitsprogramm nicht vorkommen.

Aufgaben

- Wir wollen die Jusos für den Kampf gegen Rechts sensibilisieren, informieren und vorbereiten, indem wir Veranstaltungen zu diesem Thema planen und durchführen.
- Außerdem ist es Aufgabe des Arbeitskreises die Jusos in Braunschweig über die aktuelle Lage zur Bekämpfung faschistischer Strukturen und Inhalte in der Gesellschaft zu berichten und über geplante Aktionen zu informieren und zu mobilisieren.
- Wir wollen antifaschistische Ziele über Anträge in höhere Instanzen bringen.

Aussichten/Vorhaben 2011/2012

- Wir wollen verstärkt mit dem Bezirksprojekt Kampf gegen Rechts zusammenarbeiten. Die Kommunalwahl wollen wir zum Anlass nehmen, um beim Bezirksprojekt anzufragen, ob sie mit uns gemeinsam die Wahlergebnisse im Hinblick auf Ergebnisse der NPD analysieren wollen.
- Wir wollen die politische Fanstruktur Eintracht Braunschweigs genau untersuchen und nötige Schlüsse daraus ziehen und uns überlegen mit welchen Mitteln wir bei einem nicht zufrieden stellendem Ergebnis dagegenwirken können.
- Wir wollen das Modell der „Akzeptierenden Jugendarbeit“ kritisch untersuchen und uns überlegen, wie wir damit umgehen werden.
- Wir werden weiter Partner des Bündnisses gegen Rechts bleiben und bei den Jusos für Bündnisveranstaltungen und Demonstrationen mobilisieren.
- Wir wollen einen AK-Flyer erstellen und verteilen.
- Wir wollen vermehrt mit Berichten unsere antifaschistische Arbeit in die FAUST und Webseite tragen.
- Wir wollen uns der Grundsatzdebatte widmen, was wir als „Rechts“ definieren und wie rechtes Gedankengut entstehen kann.
- Des weiteren haben wir Themen wie Religiöse Intoleranz, Antisemitismus und den Rechtsruck Europas die wir bei ausreichender Zeit aufgreifen wollen.
- Die Jusos sollen vermehrt über aktuelle und grundsätzliche Formen des Faschismus' aufgeklärt werden.
- Die Doppelstrategie soll weiterhin Bestand haben und die Jusos sollen sich weiterhin an diversen antifaschistischen Demonstrationen beteiligen.
- Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Juso-Hochschulgruppe

Als Arbeitskreis versteht sich die HSG zu jeder Zeit auch als Repräsentant der Braunschweiger Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Daher ist es oberstes Ziel der HSG, für Juso-Inhalte auch innerhalb universitärer Strukturen zu kämpfen und damit Studierende auf die Jusos aufmerksam zu machen bzw. sie hierfür zu begeistern.

Wir verstehen uns als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Vertreterinnen und Vertreter für verstärkte Partizipation am Hochschulleben und möchten zugleich universitäre Entscheidungsprozesse durch Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und studentisches Engagement transparenter werden lassen.

Daneben begründet sich die HSG auf grundlegenden Werten und Forderungen, für die sie stets eintritt:

- *Studiengebühren* müssen gänzlich abgeschafft werden, um Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Bildungssystem zu etablieren.
- *Masterplätze* müssen für alle BachelorabsolventInnen verfügbar sein. Eine Beschränkung führt zu schlecht bezahlten Akademikerberufen und fördert das Konkurrenzdenken zwischen den Studierenden.
- Geschlechtliche *Gleichberechtigung* muss innerhalb der Universitätsstrukturen durchgesetzt werden. Während inzwischen mehr Frauen als Männer ein Studium aufnehmen, ist ihr Anteil bei C4-Professuren nur rund 10%. Akademische Laufbahnen müssen jedoch beiden Geschlechtern gleichermaßen offenstehen.
- Studierende leisten an der Universität sozialversicherungspflichtige Arbeit. Als solche muss sie entsprechend entlohnt und mit einem *Tarifvertrag* geschützt werden.
- Exzellenzinitiativen und Elitehochschulen führen zu einer Abwertung der großen Masse der deutschen Universitäten und ihrer Abschlüsse. Die HSG fordert eine umfassende *Breitenförderung* anstelle eines elitären Förderungsprogramms.

Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“

Die Kampagne "Gute Arbeit und Ausbildung" soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. In der Vergangenheit wurden bereits folgende Themen behandelt in die Öffentlichkeit getragen:

- Definition vom Juso-Selbstverständnis zur "Guten Arbeit und Ausbildung"
- Forderung eines nationalen Mindestlohns
- Ausbau von Ausbildungsplätzen über die Ausbildungsplatzumlage
- Verbesserung der innerbetrieblichen Arbeitsbedingungen für Auszubildende und PraktikantInnen
- Eindämmung bzw. Verbot von Leiharbeit in den Betrieben
- Ausbau von betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmungsrechten
- Solidarisierung zu dem internationalen Projekt FairTrade

In Zukunft sollen weitere Themen diskutiert werden, wie sich die zum Teil prekäre Situation von ArbeitnehmerInnen verbessert werden kann, wie beispielsweise das Thema „Gleichstellung in Betrieben“ oder den Ausbau von Streikrechten.

Darüber hinaus können auch weitere neue Themen sowie die bereits diskutierten Themen neu aufgegriffen werden, damit einerseits neue Jusos in unser Selbstverständnis von "Guter Arbeit und Ausbildung" nachvollziehen können und andererseits, um Korrekturen bei Beschlüssen aufgrund neuer Erkenntnisse und Entwicklungen am Arbeitsmarkt einfließen zu lassen.

Kampagne Kommunalwahl 2011

Die Kampagne Kommunalwahl 2011 wurde bereits im letzten Jahr ins Leben gerufen. Sie wurde in drei Phasen untergliedert:

1. Meinungsbildungsprozess der Jusos zu kommunalpolitischen Themen
2. Einbringung in die Erstellung des SPD-Wahlprogramms
3. Aktionen / Wahlkampf

Die ersten beiden Phasen wurden bereits abgeschlossen und eingehend in einer Mittwochssitzung analysiert, wo wir uns zukünftig verbessern müssen. Nichtsdestotrotz bleibt positiv zu berichten, dass wir mit unserem Juso-Wahlmanifest eine Grundlage für die kommenden Jahre beschlossen haben. Doch nicht nur unser kommunalpolitisches Profil sondern auch die Tatsache, dass wir viele Juso-Forderungen nach einem zentralen Jugendparlament in Braunschweig oder die Einführung einer Nachtexpresslinie

(Nightliner) konnten wir in das SPD-Wahlprogramm zur Kommunalwahl erfolgreich einbringen.

Nachdem wir uns alle darauf verständigt haben, im Sommer Wahlkampf für das SPD-Programm zu machen, sind nun vielfältige Aktionen ab Juli geplant. Hierzu hat sich die Kampagne mit allen vorhandenen Arbeitskreisen darauf geeinigt, dass jeder Arbeitskreis zumindest eine Aktion verantwortlich betreut. Bei den Infoständen und Aktionen soll deutlich herausgestellt werden, dass die Jusos keine **Jubelperser-Wahlkampftruppe**¹ ist, die lediglich zur richtigen Zeit Schilder der Mutterpartei hochhalten kann, sondern der inhaltliche Motor der SPD ist. Insbesondere sollen den Wünschen der Juso-SchülerInnengruppe zum Thema "Lernumfeld in Braunschweig" entsprochen werden. Nach dem 11. September ist die Kampagne abgeschlossen.

¹ **Jubelperser** - Wir weisen darauf hin, dass der Begriff „Jubelperser“ bewusst nicht geändert wurde, da 1967 der damalige Schah von Persien ausschließlich durch Männer als Jubel- und Prügeltruppe in Berlin unterstützt wurde.